

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 102
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 26. März 1926.

Geehrte Redaktion!

Der geschäftsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Abg. Otto Glöckel, ersucht freundlichst zu der am Samstag, den 27. März 1926, um 12 Uhr mittags im Gebäude des Stadtschulrates in Wien, I. Burgring Nr. 9, stattfindenden

P R E S S E K O N F E R E N Z

zuverlässig einen Vertreter zu entsenden.

Es wird ein sehr instruktiver Bericht über die Mittelschulreform erstattet werden. Die Pressevertreter erhalten auch die notwendigen Bücher.

Die Konferenz wird im Saal VII abgehalten.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 26. März 1926.

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr nachmittags die Sitzung. Es wird eine Reihe von Anträgen ohne Erstattung eines Referates genehmigt. So auf Antrag des Gemeinderates Hlöss die Gewährung von Subventionen an den Oesterreichischen Erfinderverband, an den Verein Hauskrankenpflege, an den Albrecht Dürerbund, an die Genossenschaft der bildenden Künstler. Auf Antrag des Gemeinderates Thaller werden für die Jahresausstellung 1926 des Oesterreichischen Künstlerbundes und für die Jubiläumsausstellung des Albrecht Dürerbundes Ehrenpreise gewidmet. Der Errichtung einer Wohnhausanlage in Margareten, Geigergasse, nach den Plänen des Architekten Professor Lichtblau, wird mit einem Kostenbeitrag von 2 1/2 Millionen Schilling zugestimmt. Auf Antrag des Stadtrates Professor Tandler wird der wirtschaftlichen Organisation der Aerzte Wiens eine Subvention von 20.000 Schilling für Unterstützungsbeträge an alte und erwerbsunfähige Aerzte gewährt.

Vizebürgermeister Emmerling berichtet über die Rechnungsabschlüsse der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1924. Die Entwicklung war in diesem Jahr in allen Unternehmungen eine aufsteigende. Die Gaswerke haben ihre Produktion gegenüber dem Vorjahr um 22 Prozent erhöht. Durchschnittlich entfallen auf einen Einwohner 106 2/3 Kubikmeter Gasverbrauch. Diese Steigerung ist insbesondere auf die Einführung der Mietgasanlagen zurückzuführen, von denen im Berichtsjahr rund 65.000 geschaffen wurden. Wie sehr die Gemeindeverwaltung die öffentliche Beleuchtung ausgebaut hat, geht daraus hervor, dass der Verbrauch von Gas für die öffentliche Beleuchtung gegenüber dem Jahre 1923 um 56 Prozent gestiegen ist, was auf die Auflassung der Sparbrenner zurückzuführen ist. Der Ueberschuss des Gaswerkes betrug im Jahre 1924 rund eine Milliarde Kronen.

Die städtischen Elektrizitätswerke haben ihre Stromerzeugung im Jahre 1924 um 19 Prozent gesteigert. Die öffentliche elektrische Beleuchtung ist ebenfalls stark ausgebaut worden. Die Zahl der Konsumenten war am Ende des Berichtsjahres 390.954, was einer Steigerung von 26 Prozent entspricht. Der Ueberschuss war 863 Millionen Kronen.

Die städtischen Strassenbahnen haben im Jahre 1924 zwei neue Linien (9 und 65) errichtet und es wurde auch die Linie 11 ver-

längert. Die Verkehrsleistung ist um 14 1/2 Prozent gestiegen und es wurden rund 568 Millionen Fahrgäste befördert. Der Abgang hat seine Ursache in dem äusserst niedrigen Tarif. Die im Dezember 1924 erfolgte Erhöhung konnte sich naturgemäss nicht mehr im Betriebsjahr auswirken.

Die städtische Leichenbestattung hat im Berichtsjahre um gefähr die Hälfte aller in Wien Verstorbenen beerdigt. Es wurden 10.231 Begräbnisse durchgeführt und ausserdem noch 2463 Gratisleichen beerdigt. Der Ueberschuss dieser Unternehmung ist 64 Millionen Kronen.

Die Ueberschüsse der erwähnten Unternehmungen wurden nicht an die Gemeindekasse abgeführt, sondern verbleiben beim Betrieb, um zur Verbilligung der Tarife und zur Ausgestaltung der Einrichtungen zu dienen.

Der Ueberschuss der städtischen Anknüpfungsunternehmung von rund einer Milliarde Kronen und des Brauhauses der Stadt Wien von 4 1/8 Milliarden Kronen wird jedoch an die Gemeindekasse abgeführt.

Der Referent ersucht um Genehmigung der Rechnungsabschlüsse.

G. R. Haider (chr. soz.) verweist darauf, dass die Ziffern einer näheren Prüfung nicht standhalten, denn das Endergebnis gestaltet sich ganz anders als angegeben wird. Von einem Abgang von 545 Millionen im Jahre 1924 wird gesprochen, in Wirklichkeit aber beträgt der Ueberschuss 284 Milliarden. Mit anderen Worten gestaltet sich der Abgang also um nicht weniger als 830 Milliarden günstiger als vorausgesagt. Sie belasten die Wiener Bevölkerung um 158000 Kronen pro Kopf zu viel. Die Ueberbelastung, die durch die Unternehmungen der Wiener Bevölkerung aufgebürdet wird, beträgt für eine fünfköpfige Familie 790.000 Kronen. Redner beschäftigt sich eingehend mit den einzelnen Unternehmungen und führt dabei aus. Die Strassenbahnen haben nicht das vorausgesehene Defizit von 21 Milliarden gehabt, sondern einen Ueberschuss. Bei den Gaswerken muss auch bemerkt werden, dass die gesamte Strassenbeleuchtung aus den Taschen der Gasabnehmer bezahlt wird. Dazu muss auch noch eine Summe von acht Milliarden gezahlt werden, die für die Umgestaltung der Strassenbeleuchtung in elektrischen Betrieb verausgabt wurde. Das Erträgnis beträgt also nicht eine, sondern dreissig Milliarden. Die Anzahl der Flammen beträgt heute noch immer nur einen Bruchteil der im Frieden in Verwendung gestandenen, im Berichtsjahre sogar nur ein Drittel. Bei den Elektrizitätswerken muss der namhaften Investitionen aus Betriebsmitteln gedacht werden, der Verlängerung der Leitungen um über 300 Kilometer, der Anschaffung von 84.000 Zählern und so weiter. Das Brauhaus hat einen effektiven Ueberschuss von 7 1/5 Milliarden, denn 20.000 Hektoliter lagerten am Ende des Berichtsjahres noch unverkauft und auch der Wertabschreibung von 2 1/5 Milliarden wurde nicht gedacht. Redner polemisiert gegen den Preis des Bieres, denn die Differenz von 66 Groschen zwischen Gestehungs- und Verkaufspreis fliesse nicht allein in die Taschen der Wirte. Das städtische Brauhaus hätte vielmehr als Preisregulator zu wirken. Redner streift den Betrieb der städtischen Leichenbestattung, weist auf Missstände hin und wendet sich gegen die niedrigen Pfründen, die den früheren Besitzern von privaten Leichenbestattungen, die kommunalisiert wurden, gezahlt werden. Zum Schlusse wendet sich der Redner nochmals eingehend den Strassenbahnen zu, verweist auf die eingekauften Materialien, die Investitionen und leitet daraus ab, dass von einem passiven Unternehmen nicht gesprochen werden kann. Die letzte Tarifierhöhung wäre überhaupt nicht notwendig gewesen. Die Art der Beförderung sei eine Lu-terschande ersten Ranges. Um den teuren Fahrpreis von 24 Groschen habe

jeder Fahrgast ein Anrecht auf einen Sitzplatz.

Durch Ihre Steuerpolitik rächen Sie die Bevölkerung dieser Stadt zugrunde, beschwören immer wieder aufs neue die Arbeitslosigkeit herauf und treiben im reinsten Sinne ausbeuterische und kapitalistische Politik. Ihr Streben und Trachten geht nur nach Geld und Reichtum. Sie kümmern sich einen blauen Teufel um die Rückzahlungen der Vorauszahlungen, Sie scheitern nicht um eine menschenwürdige Beförderung. Sie wollen nur möglichst viel herauschinden. Diese Methode können wir nicht billigen, und schon aus diesem Grund können wir nicht für den Rechnungsabschluss stimmen.

G.R. Angermayer (chr. soz.) beschäftigt sich mit dem Braunkohlenbergbau in Zillingdorf und erklärt, dass der Reingewinn von 56 Millionen Kronen auf eine sehr geringe Rentabilität schliessen lasse. Durch eine nicht günstige Art der Konzentration des Betriebes, durch die Stilllegung der Tagbauten in Zillingdorf und Neufeld wird der Betrieb unökonomisch und unproduktiv gestaltet. Ueberaus grosse Interkalarzinsen belasten jährlich das Werk mit der Summe von 4,8 Milliarden, wobei die Zinsseszinsen nicht einmal mitgerechnet sind. Die Führung des Betriebes muss als gemeinschädlich bezeichnet werden. Erschreckend ist der Rückgang in der Produktion, der in Zillingdorf sechs, in Ebenfurt sogar achtzehn Prozent beträgt. Unverantwortlich ist es ferner, dass man in der Zeit der ständig wachsenden Arbeitslosigkeit 200 Arbeiter auf die Strasse gesetzt hat, worunter sich auch Familienväter befinden. Man hat sich rücksichtslos darüber hinweggesetzt. Neuerlich hat man im Jänner 1926 es gewagt, 150 Angestellte zu entlassen. Es fehlt nicht an Rohmaterial, es fehlt nicht an Betriebskapital und Aufträge sind mehr vorhanden, als das Werk leisten kann. Wir verlangen also die sofortige Wiedereinstellung der Entlassenen und die Aufnahme des Betriebes in Tagbau.

G.R. Kunschak (chr. soz.) kommt auf die Ausführungen des Finanzreferenten in der letzten Sitzung zurück und wirft ihm vor, dass er vergessen habe, zu den im Laufe der Debatte eingebrachten Anträgen der Opposition Stellung zu nehmen. Am meisten habe sich der Finanzreferent über die Methode aufgehalten, bezüglich der Steuerleistung einen Kopfschlüssel zu bilden, obgleich ich, sagt Redner, dieselbe Methode gegenüber dem Bund angewendet habe. Freilich, mit dem ziffernmässig nicht wegzuleugnenden Erfolg, dass die Kopfquote beim Bund gewaltig niedriger ist, wie bei der Gemeinde Wien. Uebrigens ist diese Methode durchaus nicht meine Erfindung, sie wird in den meisten statistischen Werken angewendet und ist seinerzeit von den Sozialdemokraten gegen die damalige christlichsoziale Gemeindeverwaltung fleissig geübt worden, wobei die gehässigsten Schlussfolgerungen gezogen worden sind.

Nicht darauf kommt es an, ob tatsächlich jedes neugeborene Kind und jeder sterbende Greis, der noch seine Verbrennungserklärung unter dem Druck des sozialdemokratischen Vertrauensmanns im Versorgungshause unterschreibt, die Kopfquote zahlen. Diese Quote ergibt vielmehr ein Bild des Steuerdrucks in Wien. Der Hinweis des Finanzreferenten auf grössere Steuerträger, die eigentlich alles bezahlen, während Arbeiter und Mittelständler ausser der Wohnbausteuer keine Abgaben zu leisten haben, ist eine Entstellung des wahren Sachverhaltes. Mit demselben Rechte könnte man behaupten, dass seinerzeit nicht die Mieter Hauszinssteuer zahlten, sondern der Hauseigentümer, dass nicht die Biertrinker die Biersteuer zu entrichten hatten, sondern faktisch die Wirte. Und mit demselben Rechte könnte man auch sagen, dass Arbeiter und Mittelständler überhaupt keine Bundessteuern zu tragen haben, weil es dort keine Wohnbausteuer gibt.

St.R. Breitner: Die Warenumsatzsteuer!

G.R. Kunschak: Die haben Sie ja aus Ihrem Kalkül ausgelassen, weil Sie vierzig Prozent Anteil haben. Ihr Bemühen, dass Arbeiter und Angestellte ausser der Wohnbausteuer keine kommunalen Lasten zu tragen haben, ist nichts als ein Jonglieren zwischen Ehrhabenheit und Lächerlichkeit. Aber es gibt auch in Wien Leute, die einem grossen Teil der Kopfquote bei einer einzigen Steuergattung zu bezahlen haben, beispielsweise die Studenten, die in den verschiedenen Asylen wohnen. Sie alle müssen Wohnbausteuer zahlen die auf eine ganz merkwürdige Art errechnet wird, um möglichst hohe Quoten zu erzielen. Das ganze Asyl wird als eine Wohnung betrachtet und danach die Steuer berechnet. So kommt es, dass im Studentenasyll in Favoriten, wo in jedem Saal durchschnittlich 30 Studenten schlafen, die Wohnbausteuer für eine 26 Zimmerwohnung berechnet wird. Also arme Studenten, die in einem ausgesprochenen Massenquartier hausen, werden von der kommunalen Steuerbehörde so eingeschätzt als ob sie einen Palast bewohnen würden. Die Wohnbausteuer im Favoriten Studentenasyl beträgt 40 Schilling jährlich pro Kopf, im Studentenasyl Habsburgergasse 7 gar 145 Schilling. Im Meidlinger Asyl bewohnen 400 Studenten 13 Zimmer und jeder Student muss eine Steuer zahlen, als ob er eine 13 Zimmerwohnung besässe. Alle Vorstände der Asylvereine, die Direktoren sämtlicher Wiener Hochschulen haben beim Bürgermeister vorgesprochen und ihn gebeten, diesen skandalösen Zuständen ein Ende zu machen. Aber bis heute ist nichts geschehen. Hierbei geht der Finanzreferent wirklich ganz unpolitisch vor, er nimmt auch auf die armen jüdischen Studenten in den Grinzingner Baracken keine Rücksicht und behandelt sie bei Bemessung der Wohnbausteuer so, als ob die eine 30 Zimmerwohnung benützen würden. Unter dieser liebenswürdigen Behandlung haben nicht weniger als 1800 Hochschüler in Wien zu leiden.

Der Redner verweist dann auf die verschiedenen anderen kommunalen Abgaben, die Hauspersonalsteuer, die Fremdenzimmer-Automobilabgabe und erklärt, dass alle diese Steuerleistungen indirekt die breiten Schichten treffen und in Mitleidenschaft ziehen. Wegen der Erhöhung der Hausgehilfenabgabe, die allerdings die reichen Leute zahlen, sind viele Hausgehilfen entlassen worden, weil die grossen Steuerträger ihre Haushalte einschränkten, sodass eigentlich die armen Dienstmädchen die erhöhten Lasten der Steuer mit ihrer Existenz büssen mussten. Die Fremdenzimmerabgabe hat den gesamten Fremdenverkehr arg geschädigt und dadurch die Arbeitslosigkeit im Hotel- und Gastgewerbe ausserordentlich gesteigert. Die Lustbarkeitsabgabe ist heute beim Klavier gelandet, es genügt auch das jemand im Gasthaus Mundharmonika spielt, und der ganze Steuerapparat setzt sich in Bewegung. Bei einer Trauerkundgebung für einen verstorbenen Eisenbahner musste Lustbarkeitsabgabe gezahlt werden weil ein Trauerlied gesungen wurde (Hört! Hört!) bei den Christlichsozialen. Gemeinderat Haider: Eine Schande sondergleich. Der Geltungsbereich der Nahrungs- und Genussmittelabgabe wird immer mehr erweitert und derzeit will man diese Abgabe auch auf das Selchergewerbe ausdehnen.

Wenn man die Berichte der industriellen Bezirkskommission durchsieht, so ergibt sich aus dem Vergleich der Zahl der Arbeitslosen am 15. März 1925 und dem gleichen Tag des Jahres 1926, dass eine namhafte Steigerung in den verschiedenen Gewerben zu verzeichnen ist. Im graphischen Gewerbe waren arbeitslos 887, jetzt 1254, im Hotelgewerbe betrug der Zuwachs 280, bei Unterricht und Kunst 354, das ist eine Steigerung von über hundert Prozent! Beim Hauspersonal 294 und bei Verkehrsarbeitern, darunter sind auch die Chauffeure 359. Daraus kann man also sehen wie die Steuern in das Leben der arbeitenden Bevölkerung eingreifen. Das Elend der Bühnenangestellten ist ungeheuer gross, und Sie haben es auf dem Gewissen eine breite Schichte ehrlicher Menschen

DRITTER BOGEN

zugrunde gerichtet zu haben (Beifall bei den Christlichsozialen). Nun bringen Sie in derselben Gemeinderatssitzung eine Vorlage, die dem Bühnenverein, der am Ende seiner Kräfte steht und seine Mittel vollständig erschöpft hat, ein paar Brosamen vom reichen Tische der Lustbarkeitsabgabe hinwirft. Erinnern Sie sich doch an die Aussprüche, die der Präsident Stärk und der Sekretär Eisler in Versammlungen gemacht haben. Jener sprach von dem Despotismus einer Person, von ihrer Halsstarrigkeit, die die Leute ins Elend bringt, dieser redete davon, dass die dreisigprozentige Steuer eine stille Beteiligung darstellt, ein Kompanieverhältnis ohne Risiko. Die Kosten tragen die Schauspieler und die Bühnenangestellten.

St. R. Breitner verglich die Gaspreise der verschiedenen Städte miteinander und verwies darauf, dass der Gaspreis bei uns noch immer nicht valorisiert ist. Er hat auch Baden zum Vergleich herangezogen, das über ein Werk verfügt, das nur einen Bruchteil eines Wiener Bezirkes versorgen könnte. Die Lebensverhältnisse in Deutschland aber sind anders als hier. Die Löhne der Metallarbeiter in Berlin sind bedeutend höher als hier. Stadtrat Breitner soll den Wiener Gasarbeitern die valorisierten Berliner Beträge auszahlen. Auch die Höhe der Löhne in der chemischen Industrie ist bis zu 30 Prozent höher als in Oesterreich. In diesem Saal wird überhaupt sehr viel von den auswärtigen Verhältnissen gesprochen. Die Verhältnisse liegen aber bei näherer Betrachtung anders, als sie uns hier dargestellt werden. Uns wurde von der Wohnung des holländischen Arbeiters erzählt, dass sie aus zwei oder drei Zimmern besteht. Nun diese Zimmer sind nach unseren Begriffen nichts als Kabinettorn! In Wien stellen wir an das Flächenmaß einer Wohnung eben andere Anforderungen. Bei den Gaswerken hat Stadtrat Breitner auf die Verwertung der Nebenprodukte besonders stolz hingewiesen, er hat sozusagen ein Pfauenrad seiner Freude geschlagen. Nun die Verwertung der Nebenprodukte stammt aus der Zeit, wo die heutige Minderheit die Stadt verwaltete. Es ist halt so, dass man bei der Wahl der leitenden Personen nicht das gleiche Geschick wie seinerzeit gehabt hat. Dort wo man die leitenden Personen der früheren Verwaltung belassen und nur wenig ihre Tätigkeit eingeschränkt hat, geht es. Entfernt man aber fähige Leiter, wie es in unerhörter Weise bei dem Lagerhausdirektor Nibel der Fall war, dann stürzt man das Unternehmen bis über den Kopf in die Schulden, wenn es nicht Eigentum der Gemeinde wäre.

Für die öffentliche Beleuchtung wurden im Jahre 1924 um sechs Millionen Kubikmeter weniger kostenlos von den Gaswerken geliefert als im Jahre 1913. Das heisst also, dass die Bevölkerung den billigen Gaspreis durch den elenden Zustand der Beleuchtung zahlen muss. Nicht vergessen darf man die Verzinsung und Tilgung der Anleihen, die einen Betrag von 57 Milliarden ausmachen würde. Durch rücksichtslose Ausnützung der Inflation hat man diese Beträge leicht zurückzahlen können und sie beschweren jetzt nicht das Budget. Im April 1924 wurde in einer Gemeinderatssitzung vom Referenten Rausnitz zugegeben, dass der kalorische Heizwert des Gases von 5000 auf 4500 Wärmeinheiten zurückgegangen ist. Das ist also eine zehnprozentige Verminderung. Wie sich das auf den Konsumenten auswirkt, werden Ihnen die Hausfrauen beweisen.

Redner beschäftigt sich mit den Verhältnissen im Elektrizitätswerk, wo die Gesteungskosten für die Kilowattstunde geringer geworden sind. Auch hier nahm seinerzeit die Verzinsung und Tilgung der Anleihen 15 Prozent der gesamten Ausgabenseite ein, heute ist das Konto davon entlastet. Dazu kommt noch eine bedeutende Verbesserung in der Heiztechnik und eine wesentliche Personalersparnis durch das Fak-

turenkasse mittels Postsparkassenanlagenscheinen. Obwohl die Produktion um 26 Prozent gestiegen ist, erfährt die Post für Personalausgaben nur eine Steigerung von sechs Prozent. Redner verweist auf die vielfachen technischen Verbesserungen in der Betriebsführung und auf organisatorische Massnahmen die den Betrieb ökonomischer gestalten.

Bei den Strassenbahnen zeigt sich eine weitgehende Ausnützung der Betriebsmittel und des Personals. Um 40 Prozent mehr Fahrgäste werden befördert. Die Fahrbediensteten hatten früher 113 Wagenkilometer pro Tag zu leisten, heute 128. Die Leistungen wurden also gegen früher um über 13 Prozent erhöht. (Rufe bei der Minderheit: Das beim Achtstundentag! - Das nennt man Arbeiterfürsorge! - Ausbeuter!). Auch das wirkt auf das Lohnkonto erleichternd aus. Ähnlich wie bei den Fahrern liegen die Verhältnisse bei den Schaffnern, diese werden aber sogar um 46 Prozent mehr ausgenützt als im Jahre 1913.

Der Finanzreferent sagt Redner, hat zwischen der Newag und den städtischen Elektrizitätswerken einen absolut unzulässigen und unmöglichen Vergleich gezogen und daraus falsche Schlussfolgerungen abgeleitet. Er behauptete, dass der Strompreis der Newag 77 Groschen betrage während die Wiener Elektrizitätswerke nur 52 Groschen für Licht einheben. Aber er hat bei seinem Vergleich vergessen hervorzuheben, dass die Newag ihr Kabelnetz nicht in so intensiver Weise ausnützen kann, wie die Wiener Elektrizitätswerke, deren Stromabnehmer auf einem kleinen Gebiet dicht gehäuft sind, während die Newag oft auf zwei bis drei Kilometer Entfernung nur vereinzelte Abnehmer hat. Wenn draussen alles Licht verlöscht und eine Ausnützung des Kraftstromes unmöglich ist, hat Wien noch immer den Nutzen aus der Reklamebeleuchtung. Die Newag ist mit einer Reihe von Stromabgabeverträgen belastet, sie liefert zwei Städten, St. Pölten und Wr. Neustadt den Strom um 13 Groschen, also unter den Gesteungskosten. Die Gemeinde Wien erhält von der Newag Strom und zahlt dafür nur 105 Goldheller, also nicht einmal die Hälfte des Preises, den die Gemeinde Wien den Strom ihren Abnehmern verkauft und für den Nachtstrom zahlt sie der Newag gar nur einen Goldheller, also ein Drittel dessen, was sie in Wien von ihren Abnehmern einhebt. Das Wiener Elektrizitätswerk hat auch nicht entfernt ähnliche Pflichten und Lasten zu tragen, wie die Newag. Unter solchen Umständen ist es wohl eine Unverfrorenheit sondergleichen, der Newag vorzuwerfen, dass ihr Strompreis so hoch ist und dass sie ihn nicht ermässigt.

Redner erklärt zum Schlusse, er habe nicht gesprochen um Anerkennung oder Tadel für seine Kritik zu erlangen, sondern ihm sei es darum zu tun gewesen, die Öffentlichkeit über die Zustände in der Gemeinde zu informieren. Die breite Öffentlichkeit werde sich schon das richtige Urteil zu bilden wissen (Stürmischer Beifall bei der Minderheit).

Stadtrat Breitner: Der Herr Gemeinderat Kunschak hat an meinen Ausführungen eigentlich als das Empfindsamste und der Wahrheit am stärksten bar befunden, dass ich ausgeführt habe, er sei in Verlegenheit geraten. Ich muss gestehen, dass ich Unrecht getan habe und dass es wirklich schwer ist, einen Mann in Verlegenheit zu setzen, der so mit Ziffern und Tatsachen zu spielen versteht wie Stadtrat Kunschak. Er hat an unseren Steuern und Abgaben heute wieder Kritik geübt aber eigentlich nichts Neues gesagt. Gewiss wird man da oder dort Haushalte nennen können, in denen eine Personalverminderung eingetreten ist. Ich habe nachgewiesen, dass die Zahl der Hausgehilfen die der Abgabe unterliegt, bis Ende 1925 im allgemeinen gestiegen ist. Allerdings haben manche grosse Haushalte ihr Personal reduziert. Ich will nicht

die Namen von Bankbrüchigen nehmen die ihre grossen Haushalte aufgelöst haben, nicht deswegen, weil sie mehr Hauspersonalabgabe zu zahlen hatten, sondern weil ihnen die Francepekulation missglückt ist. Unter ihnen befindet sich mancher Bankier, der der Partei des Herrn Kunschak nicht so ferne steht.

G.R. Kunschak: Wenn Sie verdächtigen, sind Sie wohl verpflichtet die Namen zu verlesen. (Zustimmung bei der Minderheit, Protestrufe bei der Mehrheit).

St.R. Breitner: Das sind keine Verdächtigungen! Lassen Sie sich den Kompass holen und schauen Sie nach, wer die Verwaltungsräte der Bodenbank, der Nordisch österreichischen Bank, der Bauernbank, der Kaufmännischen Bank und anderer Banken gewesen sind, und dann werden Sie auch ^{einen Teil der} Liste derjenigen Persönlichkeiten haben, die einen Ausfall in der Hauspersonal- und Automobilabgabe bedeuten. (Beifall bei der Mehrheit). Die Automobilsteuer ^{ist gewiss keine Industrieförderer} ^{aber andererseits konnte ich doch nachweisen, dass wir trotz der Abgabe gegenüber 1913} ^{eine Verdoppelung der} ^{Personenautos} ^{Personenautos} ^{Personenautos} kommunalen Steuern für alle eine gewisse Belastung bedeuten. Es ist nur der grösse entscheidende Unterschied im Aufbau unserer Steuern, dass wir die Menschen nicht bei den lebenswichtigsten Dingen treffen.

Gegenüber den Behauptungen Kunschaks bezüglich der Wohnbausteuerborschriften an Studenten in den verschiedenen Heimen verweist Redner darauf, dass in Wirklichkeit durchaus nicht so hohe Abgaben verlangt werden, wie es nach den Ausführungen Kunschaks scheint. Beweis dessen einige Ziffern: Die Akademiker im Heim der Singerstrasse zahlen per Kopf und Monat einen Schilling Wohnbausteuer, im Heim Piaristengasse 1 1/2 Schilling, im Studentenhilfsverein Boltzmanngasse 2 1/2 Schilling, im Hochschülerheim Favoriten 1 3/2 Schilling, im Offizierstudentenheim Grinzingerallee 80 Groschen und im Heim Sensengasse 38 Groschen. Für das jüdische Hochschülerheim in Grinzing ist pro Jahr eine Wohnbausteuer von 95 Schilling zu bezahlen, das ist 12 Groschen im Monat pro Kopf. Wir haben gewiss Willen in Grinzing, die ganz anders behandelt werden, so die Villa Collalto mit 30 Zimmern, die 196 1/2 Schilling Wohnbausteuer leisten muss. Es wurde auch von der Nahrungs- und Genussmittelabgabe gesprochen und bemängelt, dass Selchereibetriebe einbezogen worden seien. Wir haben nun zwei der grössten Selchereibetriebe tatsächlich eingereicht ^{seit Jahr und Tag} ^{und} es hat sich gezeigt, dass diese Grossbetriebe die Steuer durchaus zu ertragen vermögen. Wir wollten dann noch ^{sehr} Betriebe in der Inneren Stadt einreihen. Darauf hat uns die Genossenschaft vorgeschlagen, lieber 497 andere Selchereien, die sie uns namhaft gemacht hat, ^{einzuzeichnen} ^{und die Betriebe in} der Inneren Stadt niedriger zu bemessen. Am 26. Februar hat der Magistrat darauf geantwortet, dass er diesem Vorschlag nicht zustimmen könne, weil er die dadurch vielleicht ergebende Verteuerung für die breiten Massen nicht verantworten wolle. So sieht der Steueradismus des Rathauses in Wirklichkeit aus. (Hört).
Es wurde auch von den furchtbaren Wirkungen der Lustbarkeitsabgabe gesprochen.

G.R. Danneberg: Es wäre besser, wenn Kunschak dem Kollmann und Seipel auf die Wirkungen der Warenumsatzsteuer aufmerksam gemacht hätte. (Lebhafte Unruhe). Ruf: An der die Gemeinde beteiligt ist.

St.R. Breitner: Wir stellen nochmals fest, dass die Gemeinde sofort auf diesen Anteil verzichtet, wenn man ihr wieder die ^{und die Luxuswarenabgabe} Zuschläge bewilligt. Der Ertrag der Warenumsatzsteuer geht in die Hunderte von Milliarden. Hier wird wirklich das Stückchen Brot des Arbeitslosen besteuert und es ist eigentümlich, wenn man der Gemeinde seinerzeit den Vorwurf gemacht hat, dass sie durch eine Luxussteuer den Schmuck und die Luxuskrawatte getroffen hat. Sie behaupten, dass durch die Lustbarkeitsabgabe die Schauspieler geschädigt werden. Lassen Sie sich doch die Berichte aus Deutschland, Ungarn und so weiter kommen und Sie werden sehen, dass auch in diesen Ländern die gleichen Verhältnisse bestehen. Wir haben hier eine internationale Krise, die hervorgerufen ist, durch die Ausbreitung des Kinos, durch den Fussballsport, der oft ^{vierzigtausend} Menschen zu einem einzigen Wettspiel bringt. ^{Dazu kommt} die Not der Zeit.

St.R. Rummelhardt: Das bekräfteln wir eben, dass Sie trotz der Not der Zeit, die Steuern nicht ermässigen.

G.R. Danneberg: Sie hindert die Not der Zeit nicht, eine Mehlsteuer einzuführen!

St.R. Breitner: Wenn Sie irgend wo einen Gegensatz finden können, so doch nur den, dass die Gemeinde sieben Prozent Lustbarkeitssteuer einhebt, während der Bund sieben Prozent Mehlsteuer einreicht. Auch über die Subvention an den Bühnenverein ist hier abfällig gesprochen worden. Ja, es wurde sogar behauptet, so etwas wäre in diesem Saal noch nicht dagewesen. Ich stelle richtig, dass in den Jahren 1913 und 1914 die Christlichsozialen dem Bühnenverein 500 Kronen Subvention gegeben haben. Der Unterschied liegt also nur darin, dass wir das dreissigfache gegeben haben. Eine Not unter den Schauspielern hat es auch früher gegeben, als es noch keine Lustbarkeitssteuer gab. Schauspieler hatten früher keinen zwölfmonatigen Vertrag, sondern waren oft vom Mai bis September unbeschäftigt, es war also auch ohne Lustbarkeitssteuer in diesen Kreisen oft arge Not anzutreffen. Was die städtischen Unternehmungen anlangt, so wurde mir vorgeworfen, dass ich die Gaspreise von Baden zum Vergleich herangezogen hätte. Das ist nicht richtig, denn ich habe auch die Gaspreise in den anderen österreichischen Städten, in Deutschland, England, Holland und in Prag mitgeteilt. Unser Preis ist der billigste und es ist natürlich so, dass wir nicht die einzigen sind, die die technischen Fortschritte uns angeeignet haben. Aber wir haben die Werke ausgebaut, die Zahl der Konsumenten verfünffacht und die städtischen Unternehmungen werden von uns nicht mehr als Steuerquelle missbraucht. Wenn Stadtrat Kunschak davon gesprochen hat, dass wir den Direktor Nübel vom Lagerhaus weggeschickt haben und dieses Unternehmen dann schlecht gegangen ist, so muss festgestellt werden, dass auch Direktor Nübel nicht in der Lage ist, die Tatsache auf der Welt zu schaffen, dass die Nachbarstaaten durch ihre Zölle es so einrichten, dass kein Getreide, sondern nur Mehl eingelagert wird. Daher war auch unter der Direktion Nübel schon ein Abgang zu verzeichnen. Ich kann aber hier sagen, dass dies gar kein Hindernis wäre, nicht einmal, dass Herr Kunschak den Direktor Nübel für sich reklamiert, in wieder mit der Leitung

des Lagerhauses zu betrauen, wenn sein Gesundheitszustand, welcher der einzige Grund der Pensionierung war, sich wieder gebessert hat.

Schliesslich hat Stadtrat Kunschak auch gesagt, dass Vergleiche mit Berlin deshalb unangebracht sind, weil wir keine Berliner Löhne zahlen. Da kann nur erwidert werden, dass wir auch keine Berliner Frieden hat der Arbeiter fünfundzwanzig Prozent seines Lohnes für die Miete ausgeben, jetzt nur zwei Prozent. Unser Reallohn ist sicher nicht schlechter, als in Deutschland. Nur fliesst er nicht in die Taschen der Hausbesitzer. Wir haben die Löhne der Bediensteten im Gas- und Elektrizitätswerk in den unteren Kategorien die Kohle kostet um 40 Prozent mehr als vor dem Kriege valorisiert und trotzdem den Gaspreis um 28 Prozent billiger erstellt, als in Frieden. Was die Newag anlangt, so hat sie den Rat des Herrn Kunschak befolgt und eine Anleihe aufgenommen. Sie schuldet fünf Millionen Dollar, für die sie durchschnittlich zehn Prozent Zinsen, also 500.000 Dollar oder 35 Milliarden Kronen zahlen muss. Diese 35 Milliarden, die als Schuldzinsen/gezahlt werden müssen, werden aus der Bevölkerung Niederösterreichs herausgeholt. Sie muss den Strom teurer zahlen, damit 35 Milliarden nach Amerika geschickt werden können und es ist gar keine Aussicht, dass der Strompreis verbilligt werden könnte. Die Niederösterreicher sind dazu verurteilt, den harten Strompreis zu zahlen, damit Leute in Amerika ihre Coupons abschneiden können. Unsere Wasserkraftabgabe bringt 32 Milliarden Kronen, die auch die heimische Bevölkerung zahlen muss, dafür aber werden wir die Werke durch unsere Methode/auf Null abgeschrieben haben, konnten den Kraftstrompreis um ein Achtel herabsetzen und haben uns nicht in die Schuldnechtschaft des Auslands begeben. Wer hier den richtigeren Weg gegangen ist, das überlassen wir dem Urteil der Geschichte (Lebhafter Beifall).

Wir haben in den Werken den Neuneinhalbstudentag gehabt und haben jetzt den Achtstudententag. Das musste sich in einer Personalvermehrung auswirken. Das hat aber Herr Kunschak bei seinen Rechnung ganz vergessen. Die Christlichsozialen haben die Strassenbahner vierzehn Stunden zu einem Anwesenheitsdienst verpflichtet. Heute sind die Menschen anders geworden, sie wollen über ihre freie Zeit selbst verfügen. Wir können uns überhaupt einen würdigeren Zustand nicht vorstellen, wie ihn die frühere Mehrheit den Strassenbahnern aufgezwungen hat, von denen jeder einzelne ein Trinkgeldnehmer war. Das hatte zur Folge, dass der Strassenbahnfahrpreis unrichtig war, weil jeder Fahrgast, das Trinkgeld dazurechnen musste. Die Strassenbahner haben damals ganz genau gewusst, dass ein erheblicher Teil ihres Lohnes aus den Trinkgeldern geflossen ist. Sie haben diesen unwürdigen Zustand ein Ende bereitet. Das ist gar keine Beleidigung für die Strassenbahner, aber sicherlich eine Schande für die frühere Verwaltung (Starker Beifall).

Wenn hier auch von einem Trümmerfeld des Wirtschaftslebens gesprochen worden ist, so ist es kindisch, wenn Sie glauben machen wollen, dass dies eine Wirkung unserer Verwaltung ist. Das ist nur das Ephe des Krieges. Das wird aber niemand beseitigen durch die Herstellung des Ertragswertes der Häuser. Da kann ich nur sagen, dass wir das nicht zulassen werden. Es ist uns das tragische Schicksal beschieden worden, diese Stadt in einer Epoche des Zusammenbruches

zu verwalten und wir haben diese schwere, diese furchtbare Aufgabe übernommen und werden sie tragen mit dem sittlichen Ernst und der sachlichen Hingabe, die überhaupt möglich sind. Wir vertragen auch die Kritik; sie wird aber an den Grundzügen unserer Politik nicht das mindeste ändern. Wir werden nie zulassen, dass die Kosten des Krieges, wie dies früher immer war, auf die Schultern der Besitzlosen gewälzt werden, die ohnehin schon im Kriege die grössten Opfer gebracht haben. Und wir werden nie zulassen, dass den Wienern das Obdach genommen wird, wie es die christliche Nächstenliebe gern haben möchte. (Stürmischer Beifall. Hoch Breitnerrufe).

St.R. Kunschak verlangt, dass Stadtrat Breitner Rede und Antwort stehe, sonst muss er sich gefallend lassen, dass man behauptet, er habe bewusst die Unwahrheit gesagt. Redner selbst habe kein Recht Namen zu nennen, da sie ihm unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgeteilt worden sind. Auf jeden Fall handelt es sich um Leute, die mit der Partei nicht das geringste zu tun haben. Auf jeden Fall sollten Sie die allerletzten sein, auf so etwas anzuspielen, da man ja die Geschichte von der Winex und dem Arbeiterhausbau in Bruck kennt.

Dr. Danneberg: Was ist denn damit?

St.R. Kunschak: Sie wissen das sehr gut, der Bürgermeister hat in Bruck an der Mur zum Bau des Arbeiterhauses Gemeindegelder verwendet.

Unter lebhaftem Lärm, den der Bürgermeister vergebens zu bannen sucht, hört man nur die Rufe: Was ist es mit Zwetsbacher?

St.R. Kunschak: Sie können noch so viel schreiben, das aus der Welt zu schaffen gelingt Ihnen nicht. Eine Partei, deren Leute in solchem Umfange Staatsanwaltschaft und Landesgericht beschäftigen, sollte vorsichtiger sein.

Neuerlich setzt auf beiden Seiten grosser Lärm ein, in dem Dr. Danneberg ruft: Die Herren von der Winex sind eingesperrt worden. Aber die Leute von Ihrer Partei sind mit Postsparkassageldern mit Millionen saniert worden, sonst wären die Herren Fink und Ramek auch eingesperrt worden. Neuerlicher Lärm auf der Seite der Minorität. Tausende von Millionen der Postsparkasse sind verschleudert worden. Inzwischen entwickelt sich eine Kontroverse zwischen Stadtrat Weber und Gemeinderat Doppler, in die nach lebhaft schreiend Gemeinderat Panoch eingreift. Nach dem sich der Lärm etwas gelegt hat, versucht Stadtrat Kunschak weiter fortzufahren und sagt: Den Zwischenruf des Dr. Danneberg kann ich mit dem Hinweis auf das Arsenal und der verschleuderte Staatsvermögen abtun. Die Zahl der Haushalte, die zwei Hausgehilfinnen hält, ist deshalb nicht gesunken, weil eine grosse Anzahl von Haushalten die früher drei bis fünf Bedienstete hatten, sich nunmehr mit zwei abfinden.

G.R. Huber: Jeder Chauffeur wird als Hausgehilfe betrachtet. Es ertönt der Ruf: Arbeitervertreter!

St.R. Kunschak: Wir kennen schon wie die Sache weiter geht! In der Inneren Stadt fängt man an, so wie seinerzeit beim Sackern und beim Arbeiterheim in Favositen hört man noch lange nicht auf. So war es auch mit den Zuckerbäckern. Jetzt man hat man dem Sauer den Revolver an die Brust gesetzt, man drohte mit 5 Prozent vom Umsatz, kam aber dann auf anderthalb Prozent herunter und unter diesem Druck gab natürlich die Genossenschaft ihre prinzipielle Zustimmung. Nun hat man diesen Vertrag aber nur bis 1. Oktober 1926 befristet, dann wird man zu zwei Prozent

Übergangen und was dann noch kommt, das können wir uns ja denken. Das Entgegenkommen der Genossenschaft, die Betriebe anführte, die man am ehesten zur Abgabe heranziehen könnte, wurde geradezu missbraucht. Jetzt sind es einstweilen halt nur 11 Betriebe in der Inneren Stadt. Wie diese Betriebe die Steuerlast, die ja eine Ausnahmelast ist, wieder hereinbringen wird, kann man sich ja denken.

St. R. Breitner: Durch Verkürzung des Gewinnes!

G. R. Haber (chr. soz.): Sie haben die Gewinne schon sehr gekürzt.

St. R. Kunschak kommt nochmals auf den Ausspruch Stärke und Eislers zurück, die nicht besser die Sache bezeichnen konnten als mit Halsstarrigkeit. Da braucht man keinen Kommentar dazu zu geben.

Redner wendet sich dagegen, dass die Studentenheime ein Schilling und 1 50 an Wohnbausteuer zahlen müssen, was sonst für eine Zweizimmerwohnung zu bezahlen ist, und erklärt, dass die Warenumsatzsteuer, eine Internationale, nicht österreichische Erfindung, gerade in Österreich die lebenswichtigsten Bedürfnisse am humansten behandelt. Der Bundeshaushalt wird durch das Invalidenbegünstigungsgesetz sehr schwer getroffen, und im Ausschuss hat man nunmehr eine Korrektur durchberaten, wodurch nunmehr die 55prozentigen Invaliden ausser der Besserreihung eine Zulage erhalten sollen.

In der Politik gibt es kein absolutes Nein, auch in der Politik des Herrn Stadtrates Breitner nicht, und jeder ist an diesem absoluten Nein gescheitert. Das sollte ein Mensch vom Intellekt des Herrn Stadtrates Breitner einsehen.

G. R. Bermann (soz. dem.) Das ist die Politik für die Mehrheit des Volkes.

G. R. Müller (chr. soz.) Lösen Sie den Gemeinderat auf, dann werden Sie sehen, ob Sie noch die Mehrheit des Gemeinderates haben. (Die Majorität begleitet diese Worte mit ironischen Bravorufen.)

G. R. Bock (soz. dem.) (Nach dem Nationalrat auflösen.)

St. R. Kunschak bringt schliesslich den Brief eines Mannes aus dem VI. Bezirk zur Verlesung, der keine Wohnung hat und seine Kinder eines nach dem anderen der öffentlichen Fürsorge übergeben musste.

Rufe bei der Mehrheit: Das sind die Segnungen des freien Wohnungsmarktes! Das kommt vom Schacher! Rufe bei der Minderheit: Ja, polnische Juden habt Ihr genug untergebracht!

Neben einer Kontroverse Kissa Doppler ertönen fortwährend Zwischenrufe, wobei Stadtrat Kunschak unter lebhaftem Lärm auf einen Ausspruch des Stadtrates Weber anspricht. Dieser soll gesagt haben, dass in die Wohnungen der Gemeinde Wien nur Leute aufgenommen werden können deren wirtschaftliche Lage und soziales Milieu eine Sicherheit dafür bietet, dass sie hineinpassen. Darauf springt Stadtrat Weber erregt auf, und ruft im lebhaften Lärm: Das ist unwahr, das ist eine Verleumdung.

St. R. Kunschak erklärt schliesslich, dass es die Minderheit dieses Hauses als eine inhaltslose Phrase ansehen müsse, wenn behauptet wird, dass die Majorität die Beseitigung der Wohnungsnot zu ihrer ernstesten Aufgabe gestellt hat.

St. R. Weber: Wenn Herr Kunschak sich in einem Engpasse befindet, sagt er immer, reden wir von etwas anderem. Und da ihm oberdrein die sachlichen Argumente ausgegangen sind, hat er sich auf das Gebiet der persönlichen Beschimpfungen und Verdächtigungen begeben. (Lärm und Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.) Ich stelle ausdrücklich fest, dass ich niemals und nirgends die mir von Herrn Kunschak in den Mund gelegten Worte ausgesprochen habe. Richtig ist, dass eines Tages Herr GR. Doppler zu mir kam und mir mitteilte, das Wohnungsamt habe einem Kohlenarbeiter mit sechs Kindern eine Wohnung zugewiesen, die keine richtige Wahl sei, hier hätte man doch auf die das Milieu Rücksicht nehmen sollen. Ich habe sogleich erklärt, wenn dem so sei, dass die Partei nicht in das Milieu hineinpasst, der Partei eine entsprechend andere Wohnung zuzuweisen. Und während der Budgetdebatte habe ich darauf hingewiesen, das Wohnungsamt müsse natürlich auch darauf Rücksicht nehmen, ob die Wohnung für die Partei und die Partei für die Wohnung passe. Das habe ich an einigen Beispielen dargetan. Wenn am Ring beispielsweise eine Drei-Zimmerwohnung frei wird, könne man sie nicht einem beliebigen Obdachlosen zuweisen. So waren meine Worte gemeint, aber nicht in dem Sinne wie Herr Kunschak in beleidigender und verdächtigender Weise mir unterschoben hat. (Zwischenrufe des Gr. Kunschak) Aber Herr Kunschak, das Verdächtige ist ja Ihr Metier! (Lärm und Zwischenrufe bei der Minderheit. GR. Uebelhör: Sind solche fortwährende Beleidigungen zulässig? Wo ist der Herr Vorsitzende?) Ich stelle aktenmässig fest, dass die Gedächtnisschwäche auf Seite des Herrn Kunschak besteht. Ich habe ihm das Ziffermaterial übergeben, wonach im Jahre 1925 nicht 3000 Wohnungen, wie er behauptet, zur Vergebung gelangt sind, sondern 17.464! Trotzdem ich das im Stadtsenat sagte und zweimal im Gemeinderat und Herrn Kunschak ausserdem das Ziffermaterial übergab, wagt er es diese Ziffern zu unterschlagen und zu mögeln, mit der Unwissenheit der Bevölkerung rechnend. (Laute Pfui Rufe bei der Mehrheit.) Ich habe nachgewiesen, warum er so handelt und nunmehr stelle ich an Herrn Kunschak die Frage, ob er bereit ist, seine lädierte Ehre wiederherzustellen. (Lebhafte Pfui Rufe bei der Mehrheit, Lärm und Protest bei der Minderheit.)

Bürgermeister Seitz bricht dann die Beratungen ab und wünscht den Mitgliedern des Gemeinderates zu Ostern gute Erholung.

Die öffentliche Sitzung wird um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr abends geschlossen.